1. **Unternehmensteuer**
   - **SPD und Union einig**
     Union äußert sich zufrieden über den Referentenentwurf aus dem SPD-geführten Finanzministerium. Union und SPD haben ihre Beratungen über die Unternehmensteuerreform ohne größeren Streit zu Ende gebracht. In der kommenden Woche soll das Gesetzgebungsverfahren starten.
     Der Referentenentwurf aus dem Hause Steinbrück entspricht den gemeinsam vereinbarten Eckpunkten, wie Unionsvertreter anerkannten. Demnach sinkt von 2008 an die Steuerlast für Kapitalgesellschaften von knapp 39 Prozent auf weniger als 30 Prozent. Durch die niedrigeren Tarife spart die Wirtschaft 30 Milliarden Euro ein, von denen sie durch den Verzicht auf Steuervorteile 25 Milliarden Euro selbst aufbringen soll. Die restlichen fünf Milliarden gehen zu Lasten der Staatskasse.
     Quelle: FR

   - **Zur Erinnerung an eine der letzten Unternehmensteuerreformen:**
     Das größte Geschenk aller Zeiten
     Die Bundesregierung feierte ihre Unternehmensteuerreform – bis die Konzerne aufhörten, Steuern zu bezahlen
     Die Überraschung war perfekt. Ausgerechnet eine SPD-geführte Regierung erfüllte die Wünsche der Wirtschaft in einem Maße, wie es sich die Manager kaum je erträumt hatten. Kein Wunder, dass Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle und Deutsche-Bank-Sprecher Rolf E. Breuer voll des Lobes für Rot-Grün waren. Allein in ihren Bilanzen steckten hohe zweistellige Milliardensummen an stillen Reserven. Sie hofften, nun diese Schätze steuerfrei heben zu können. Selbst die Urheber des Kursfeuerwerks waren perplex: Die Regierung hatte die Wirkung ihres Tuns vollkommen verkannt.
     Das war aber noch die harmloseste Fehleinschätzung bei der Unternehmensteuerreform, wie sich später herausstellte. Vor allem bei den Steuerausfällen hatten sich Finanzminister Hans Eichel und seine Beamten völlig verkalkuliert. Noch im Jahr 2000 kassierte der Staat 23,6 Milliarden Euro Körperschaftsteuer von den Kapitalgesellschaften. Im Jahr darauf, nach dem Inkrafttreten des Reformwerks, brachen diese Einnahmen vollkommen weg. Per saldo mussten die Finanzämter sogar fast eine halbe Milliarde Euro an die Firmen auszahlen – das hatte es noch nie gegeben. Bis heute bekommt der Staat weitaus weniger Gewinnsteuern als in früheren Jahren. Das Ministerium hatte unterschätzt, in welchem Ausmaß Unternehmen die neu eröffneten Chancen nutzen würden.

Quelle: www.uebergebuehr.de

2. **Verdeckte Korruption: Die Pharmaindustrie bezahlt Ärzte dafür, dass sie teure Medikamente in den Markt drücken.**
   Der „stern“ zeigt die geheime Liste der Hersteller, die dabei mitmachen.
   Quelle: stern
3. **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
   - **INSM & Co. Der Umgang mit Lobbyisten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen**
     Was sich in dieser Woche auf den öffentlich-rechtlichen Sendern abspielte, geht jedoch schon über das Verschweigen der Verbindungen Miegels mit der Versicherungswirtschaft hinaus. Geradezu aktiv wurde versucht, diese Verbindungen zu leugnen. Ist das zu hart ausgedrückt? Die Transkripte der beiden Vorfälle, auf die hier Bezug genommen wird, sprechen eine deutliche Sprache.
     Quelle: udo-ehrich Webblog

   - **ARD- und ZDF-Programm “stärkt Islam-Angst”**
     Erfurter Studie: Politsendungen im Ersten und Zweiten berichten einseitig über Muslime
     Ein vernichtendes Urteil fällen Medien- wissenschaftler der Universität Erfurt über die Islamberichterstattung bei ARD und ZDF. Die Sender ließen sich offenbar von einem “simplifizierten Bild des Kampfes der Kulturen” leiten, heißt es in einer Studie.
     Das jetzt veröffentlichte Ergebnis ist niederschmetternd: In vier von fünf Fällen greifen die Redakteure das Thema Islam erst dann auf, wenn es um Gewalt oder Konflikte geht, zum Beispiel um Terror, Benachteiligung von Frauen, Ehrenmorde, Integrationsprobleme oder religiöse Intoleranz. Neutrale oder positive Berichte machen nur 19 Prozent der Sendungen zum Islam aus.
     Quelle: FR

   - **Politisches Feuilleton im DLF: Arbeiten – so lange es geht!**
     Allgemeine Rente mit 67 ist die gleiche Lachnummer wie allgemeine Rente mit 70 – man streiche das “allgemein”, will man die Wahrheit erhalten. Im Grunde dürfte schon heute niemand mehr in Rente geschickt werden, der Arbeit hat und arbeiten kann. Alle Gelder des Transfersystems “Rentenversicherung” werden nämlich gebraucht, um die rasant wachsende Zahl langlebiger Invaliden zu versorgen.

Quelle: DLF

Anmerkung: *Der Autor, Florian Felix Weyh, ist Schriftsteller und freier Journalist, dagegen ist nichts zu sagen. Dass aber vom Deutschlandfunk jeder Laie seine unausgegorene und inkompetente Meinung ins „politische" Feuilleton gehoben wird, wenn es in die gängige Welle der Rentenhysterie passt, ist schon bemerkenswert.*

4. **Gesundheitsreform löst Steuer-Streit aus**
   Bundesfinanzminister Steinbrück will mittelfristig die Steuern erhöhen, um die Ausgaben für das Gesundheitssystem zu bezahlen. Die Union wies dies strikt zurück. Die zusätzlichen Zuweisungen aus der Bundeskasse an die Krankenkassen steigen laut Bundestagsbeschluss von je einer Milliarde 2008 und 2009 schrittweise bis auf 14 Milliarden Euro in 2016. Von 2010 an hält Steinbrück Steuererhöhungen für unvermeidlich, da er auf keinen Fall den Weg in eine höhere Verschuldung gehen möchte.
   Quelle: FR
5. **Viele Importcontainer mit Giftgasen belastet**
   Ein hoher Anteil von Importcontainern wird zum Schutz vor Schädlingen mit giftigen Gasen behandelt. Die Gasrückstände in den Containern gefährden Hafenarbeiter und alle, die mit Containern zu tun haben. Auch Verbraucher können den Gasresten ausgesetzt sein, wenn sie zu Hause Waren aus begasten Containern auspacken.
   Quelle: Spiegel Online
6. **Der UN-Klima-Report**
   - **Die Fakten**
     Mit größerer Sicherheit als je zuvor listet der vierte UN-Klimareport Ursachen und Folgen des vom Menschen verstärkten Treibhauseffekts auf. Elf der vergangenen zwölf Jahre finden sich unter den zwölf wärmsten seit dem Beginn der Aufzeichnungen um 1850.
     Die durchschnittliche Temperatur der Nordhalbkugel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist "sehr wahrscheinlich" höher als in irgendeiner 50-Jahres-Periode der vergangenen 500 Jahre. "Wahrscheinlich" ist sie die höchste Durchschnittstemperatur mindestens der vergangenen 1300 Jahre. Der größte Teil der globalen Temperaturzunahme seit Mitte des 20. Jahrhunderts geht "sehr wahrscheinlich" auf den vom Menschen verstärkten Treibhauseffekt zurück.
     Quelle: FR

   - **Achim Steiner, Direktor des UN-Umweltprogramms: "Ohne die USA ist**

Klimaschutz nicht möglich”
Bislang zeigt jeder auf den anderen, um nicht den ersten Schritt machen zu müssen. China sagt: Die USA und Europa als Oberheizer müssen vorangehen. Die USA sagen: China als zweitgrößter CO2-Emittent muss Ziele akzeptieren. Ich glaube: Weil die Industrieländer im Norden historisch für den Löwenanteil der erhöhten Treibhausgas-Konzentrationen verantwortlich sind, stehen sie zuerst und stärker in der Pflicht. Allerdings müssen die Schwellenänder möglichst schnell in den Klimaschutz-Zug einsteigen.
Quelle: FR

- **Öl-Lobby bietet Geld zur Widerlegung des Klimaberichts**
  Der Klimabericht der Vereinten Nationen benennt den Menschen als Hauptschuldigen an der globalen Erwärmung. Nicht alle sind davon zu überzeugen: Laut Medienberichten will die US-Ölindustrie Forscher belohnen, die den Bericht widerlegen. Die Geldkoffer der Ölindustrie sind prall gefüllt, um solche Unternehmungen zu fördern: Erst gestern verkündete ExxonMobil für 2006 einen Rekordgewinn von 39,5 Milliarden Dollar, dem höchsten Unternehmensgewinn der US-Firmengeschichte.
  Quelle: Wirtschaftswoche

7. **Buchbesprechung: Wolfgang Abendroth: “Gesammelte Schriften. Band 1**
   Bequem hat es Wolfgang Abendroth den Autoritäten nie gemacht, auch nicht denen im Westen Deutschlands, wohin er im Dezember 1948 floh. Für die herrschende Lehre, aber auch für manche Leute in den Parteizentralen, war er ein lästiger Querdenker. Dabei erweist er sich schon bei der Lektüre seiner frühen Schriften eher als ein dialektischer Geradeausdenker.
   Quelle: taz
8. **Buchbesprechung: Werner Rügemer: “Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz”.**
   Mit unzähligen Beispielen belegt Rügemer, dass durch Privatisierung bisher staatlicher Betriebe die Preise keineswegs niedriger werden oder die Leistungen besser. Am Beispiel der ehemaligen DDR zeigt Rügemer, wie die Treuhand nach der Wende öffentliches Eigentum regelrecht verschleudert hat. Privatisieren geht vor Sanieren, bringt er das auf eine Formel. Dabei hätte es oft preiswertere Alternativen gegeben, die ostdeutsche Wirtschaft zu sanieren, etwa durch Genossenschaften. Diese wurden jedoch zugunsten von Firmeninteressen verhindert.
   Quelle: taz
9. **Denk ich ans BAföG in der Nacht ...**

… dann bin ich als BundestagsabgeordneteR um den Schlaf gebracht. So könnte man jedenfalls glauben, betrachtet man die Tagesordnung des Bundestags von gestern. Das Thema BAföG war irgendwann gegen 3 Uhr nachts angesetzt.
Quelle: Studis online

10. **Krieg und Frieden – Über eine fundamentale Begriffsverwischung**
Dass diese "neuen" oder "asymmetrischen Kriege" nicht mehr Krieg heißen, sondern Konflikt, militärische Operation oder Kampf, könnte man für einen euphemistischen Etikettenschwindel halten, um störende Hegungen wie die Genfer Konventionen, die Ächtung bestimmter Waffen oder die Haager Landkriegsordnung zu umgehen, aber es geht um viel mehr: Mit der Unterscheidung von Krieg und Frieden geht ein Begriffspaar verloren, das seit der Antike der Selbstbeschreibung der Kulturen gedient und das Selbstverständnis der Gesellschaften orientiert hat.
Quelle: FR
11. **Zur Arbeitsweise der Hedge-Fonds**
Europas größter Fotoentwickler CeWe Color hat seinem Großaktionär M2 Capital vorgeworfen, das Unternehmen erpressen und ihm "massiv" Kapital entziehen zu wollen. Nach Firmenangaben drängt der Hedge-Fonds auf eine Sonderdividende, obwohl sich Cewe derzeit in einem tief greifenden Umbauprozess befinde und die flüssigen Mittel dringend für Investitionen benötige.
Quelle: Reuters
12. **IAB: Arbeitslosigkeit trifft keineswegs nur gering qualifizierte Jugendliche**
Auch Jugendliche mit mittlerem Bildungsabschluss haben heute Probleme, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden, zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Und selbst denjenigen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, drohe Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis sei ein Verdrängungswettbewerb, der sich verschärfend auf die ohnehin schon seit Jahren schwierige Situation der leistungsschwächeren Bewerber auswirke, so IAB-Arbeitsmarktforscher Hans Dietrich. Im Jahresdurchschnitt waren immer noch mehr als 500.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 arbeitslos.
Quelle: idw-Pressedienst

Anmerkung: *Ein weiterer Beleg dafür, dass durch mehr Arbeitsplätze insgesamt die Verdrängung mittlere oder gering Qualifizierter verringert werden könnte. Es ist eben so, dass sich die Arbeitgeber bei einem Überangebot an Arbeitskräften immer die Bestqualifizierten aussuchen.*